

Recht der Mitgliedstaaten - Spanien



Tämän sivun teksti on konekäännös, eikä sen laatua voida taata.

Auf dieser Seite finden Sie Informationen über das spanische Rechtssystem und einen Überblick über das spanische Rechtssystem.

Quellen des spanischen Rechtssystems

Die Quellen des spanischen Rechts sind in Artikel 1 des Zivilgesetzbuchs definiert:

1. Die spanische Rechtsordnung stützt sich auf das Recht, die Gewohnheitsrecht und die allgemeinen Rechtsgrundsätze.
2. Bestimmungen, die im Widerspruch zu einer höherrangigen Norm stehen, sind nicht gültig.
3. Das Gewohnheitsrecht gilt nur in Ermangelung eines anwendbaren Rechts, sofern nicht gegen die guten Sitten oder die öffentliche Ordnung verstoßen wird und nachgewiesen wird.
4. Eine Rechtspraxis, bei der es sich nicht um eine bloße Auslegung einer Absichtserklärung handelt, gilt als Gewohnheitsrecht.
5. Die allgemeinen Rechtsgrundsätze gelten ohne Recht oder Gewohnheitsrecht, unbeschadet ihrer Rechtsnatur.
6. Die in internationalen Verträgen enthaltenen Rechtsvorschriften dürfen in Spanien erst dann unmittelbar angewandt werden, wenn sie durch die vollständige Veröffentlichung im Amtsblatt veröffentlicht worden sind.
7. Die Rechtsprechung ergänzt die Rechtsordnung durch die Doktrin, die der Oberste Gerichtshof bei der Auslegung und Anwendung des Rechts, des Gewohnheitsrechts und der allgemeinen Rechtsgrundsätze konsequent anwendet.
8. Richter und Gerichte, die nur der Verfassung und der Rechtsstaatlichkeit unterliegen, haben die Pflicht, die bei ihnen anhängigen Verfahren gemäß dem geltenden System der Rechtsquellen zu regeln.“

Art der Regelung

Verfassung: Das oberste Recht des Staates, dem alle öffentlichen Stellen und Bürger unterliegen. Jede gegen die Verfassung verstoßende Bestimmung oder Handlung ist ungültig. Er gliedert sich in zwei Teile: dogmatischer Teil und b) organischer Teil.

Internationale Verträge: eine schriftliche Vereinbarung zwischen bestimmten dem Völkerrecht unterliegenden Personen, die unter dieses Recht fällt und aus einem oder mehreren verwandten Rechtsinstrumenten, deren Name unerheblich ist, bestehen kann.

Internationale Verträge, die rechtsgültig geschlossen wurden, sind nach ihrer förmlichen Veröffentlichung in Spanien Teil des nationalen Rechts.

„Autonomy of Autonomy“: Spanische grundlegende institutionelle Regelung einer Autonomen Gemeinschaft, anerkannt durch die spanische Verfassung von 1978 und durch das Organgesetz genehmigt. Er enthält mindestens den Namen der Gemeinschaft, die territoriale Abgrenzung, den Namen, die Organisation und den Sitz der autonomen Einrichtungen sowie die angenommenen Befugnisse. Das Autonomiestatut ist kein Ausdruck der Souveränität oder der *Verfassung*, da sie sich nicht aus einer ursprünglichen verfassungsmäßigen Macht ergeben (die in den Hoheitsgebieten der Autonomen Gemeinschaften fehlte), sondern vom Staat anerkannt werden muss, ohne in irgendeiner Weise gegen den Grundsatz der Autonomie vorgehen zu können.

- Recht: es gibt mehrere Arten von Gesetzen.
- Organgesetz: diejenigen, die sich auf die Entwicklung der Grundrechte und der öffentlichen Freiheiten, die durch das Autonomiestatut und das in der Verfassung vorgesehene allgemeine und Wahlsystem bezogen, betreffen.
- Das allgemeine Recht. Diejenigen, die Angelegenheiten regeln, die nicht dem Organgesetz unterliegen.
- Gesetzesdekret: es handele sich um eine Delegation der Cortes Generales in die Regierung, um Vorschriften mit dem Status eines Gesetzes zu bestimmten Fragen festzulegen.

- **Gesetzesdekret:** vorläufige Rechtsvorschriften, die von der Regierung in außerordentlichen und dringenden Fällen erlassen werden und die das Recht der grundlegenden staatlichen Organe, die Rechte, Pflichten und Freiheiten der Bürger nach Titel I der Verfassung, das Regime der autonomen Gemeinschaften oder das allgemeine Wahlrecht nicht beeinträchtigen dürfen. Sie müssen vom Abgeordnetenkongress innerhalb von 30 Tagen nach der Verkündung unverzüglich in vollem Umfang erörtert und zur Abstimmung gestellt werden.
- **Verordnung:** allgemeine Rechtsstaatlichkeit, die von der Exekutive herausgegeben wird. Sein Rang in der hierarchischen Ordnung liegt unmittelbar unter dem Gesetz und entwickelt ihn in der Regel.
- **Zoll:** er ist definiert als „die Gesamtheit der Vorschriften, die sich aus der Wiederholung von mehr oder weniger konstanten Ereignissen mit einheitlichem Charakter ergeben“. Damit das Gewohnheitsrecht ein kollektives und spontanes Testament repräsentieren kann, muss es konstant, konstant, homogen und dauerhaft sein.
- **Allgemeine Rechtsgrundsätze:** diese allgemeinen normativen Aussagen, die, ohne durch förmliche Verfahren in das Rechtssystem aufgenommen zu werden, so zu verstehen sind, dass sie zu ihr gehören, weil sie als Grundlage für andere Rechtsklauseln dienen oder abstrakt den Inhalt einer Gruppe von ihnen regeln. Sie dienen der Integration von Rechtslücken oder der Auslegung von Rechtsnormen.
- **Rechtsprechung:** es ergibt sich aus zwei Urteilen, in denen eine Vorschrift gleicher Art, die vom Tribunal Supremo (Oberster Gerichtshof) erlassen wurde, ausgelegt wird, und bei bestimmten Zuständigkeiten, die auf die Autonome Gemeinschaft beschränkt sind, die Hohen Gerichte der betroffenen Autonomen Gemeinschaft. Weicht ein Richter oder Gericht von der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs ab, so ist das Urteil nicht automatisch ungültig, sondern dient als Rechtsmittelgrund. Der Oberste Gerichtshof und der High Court of Justice können jedoch jederzeit von seiner ständigen Rechtsprechung durch die Schaffung einer neuen Rechtsprechung jederzeit abweichen.

Normenhierarchie

Artikel 1 Absatz 2 des spanischen Bürgerlichen Gesetzbuchs sieht vor, dass Bestimmungen, die im Widerspruch zu anderen höherrangigen Vorschriften stehen, ungültig sind.] Das bedeutet, dass notwendigerweise eine Normenhierarchie geschaffen werden muss und die spanische Verfassung zu diesem Zweck die Wechselbeziehung zwischen den verschiedenen Regelungen und ihrem Verhältnis zwischen Hierarchie und Zuständigkeit regelt.

Die Normenhierarchie im spanischen Recht stellt sich wie folgt dar:

1. Die Verfassung.
2. Völkerrechtliche Verträge.
3. Das Recht im engeren Sinne: Das Organgesetz, das Gewohnheitsrecht und die Vorschriften mit dem Status eines Gesetzes (einschließlich des Königlichen Gesetzesdekrets und des Königlichen Gesetzesdekrets), aber mit unterschiedlichen Verfahren und Anwendungsbereichen.
4. Regeln, die von der Exekutive mit ihrer eigenen Hierarchie erlassen werden, abhängig von der Stelle, die sie erlassen hat (Königlicher Erlass, Ministerialerlass usw.).

Darüber hinaus wird in Bezug auf die Vorschriften, die von den autonomen Gemeinschaften über ihre eigenen Parlamente erlassen werden, ein Zuständigkeitsgrundsatz festgelegt (Regionalerlass, Regionalverordnungen usw.).

Die Richter und Gerichte wenden die Verordnungen oder andere Bestimmungen, die gegen die Verfassung, das Gesetz oder den Grundsatz der Normenhierarchie verstoßen, nicht an.

Institutioneller Rahmen

Einrichtungen, die für den Erlass von Rechtsvorschriften zuständig sind.

Der institutionelle Rahmen in Spanien beruht auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung, der den Cortes Generales (Parlament) und den gesetzgebenden Versammlungen der Autonomen Gemeinschaften Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.

Die Regierung, sowohl der Staat als auch die einzelnen Autonomen Gemeinschaften, ist befugt, Exekutivgewalt auszuüben, einschließlich der Regelungsbefugnis und der Befugnisübertragung durch die Delegation der Cortes Generales.

Die lokalen Behörden haben keine Gesetzgebungsbefugnis erhalten, sondern werden in erster Linie durch Gemeindeverordnungen geregelt.

Die Gesetzgebungsinitiative liegt in der Verantwortung der Regierung, des Kongresses und des Senats, der Versammlungen der Autonomen Gemeinschaften und in bestimmten Fällen der Volksinitiative.

Entscheidungsprozess

Internationale Verträge: es gibt drei Genehmigungsverfahren, je nachdem, welche Art von Materie unter den Vertrag fällt.

- Erstens ist der Abschluss der Verträge, die einer Organisation oder einem internationalen Organ die Ausübung von Befugnissen aufgrund der Verfassung verleihen, durch ein Organgesetz zu genehmigen.
- Zweitens kann die Regierung in folgenden Fällen die Zustimmung des Staates, durch Verträge oder Übereinkommen gebunden zu sein, mit der vorherigen Zustimmung der Cortes Generales binden: Militärische Verträge, Verträge oder Konventionen militärischer Art, Verträge oder Übereinkünfte militärischer Art, die die territoriale Unversehrtheit des Staates oder die Grundrechte und Pflichten nach Titel 1, Verträgen oder Übereinkommen beeinträchtigen, die eine Änderung oder Aufhebung von Rechtsvorschriften oder gesetzgeberische Maßnahmen zu ihrer Umsetzung zur Folge haben.
- Schließlich werden in anderen Bereichen nur der Kongress und der Senat unverzüglich informiert werden müssen.

Sobald die internationalen Verträge rechtsgültig abgeschlossen sind, werden sie nach der förmlichen Veröffentlichung in Spanien Bestandteil der nationalen Rechtsordnung sein. Seine Bestimmungen dürfen nur in der in den Verträgen vorgesehenen Form oder in Übereinstimmung mit den allgemeinen Regeln des Völkerrechts aufgehoben, geändert oder ausgesetzt werden. Für die Kündigung der Verträge und der internationalen Übereinkünfte gilt das gleiche Verfahren wie für die Genehmigung der Verträge und der internationalen Übereinkommen.

Recht:

Die Gesetzesentwürfe werden vom Ministerrat gebilligt, der sie zusammen mit einer Begründung und dem Hintergrund ihrer Entscheidung dem Kongress übermittelt.

Im Falle der Autonomen Gemeinschaften wird der Gesetzentwurf von dem jeweiligen EZB-Rat gebilligt und in der Tat der gesetzgebenden Versammlung der betreffenden Autonomen Gemeinschaft unterstellt.

Der vom Kongress gebilligte ordentliche oder organische Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses wird unverzüglich dem Präsidenten des Senats Rechnung tragen, der ihn dem Senat vorlegen wird. Der Senat kann innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Textes sein Veto geltend machen oder Änderungen vornehmen. Das Veto wird mit absoluter Mehrheit angenommen.

Das Projekt darf dem König nicht zur Verhängung von Sanktionen vorgelegt werden, ohne dass der Kongress mit absoluter Mehrheit, im Falle eines Vetos, des ursprünglichen Textes oder der einfachen Mehrheit zwei Monate nach dem Datum der Befassung oder bei der Entscheidung über Änderungen mit oder ohne einfache Mehrheit ratifiziert wurde. Die Frist von zwei Monaten, innerhalb deren der Senat den Entwurf blockieren oder ändern soll, wird auf 20 Kalendertage bei von der Regierung oder dem Abgeordnetenhaus als dringend gemeldeten Projekten herabgesetzt.

Die vom Parlament erlassenen Gesetze werden vom König innerhalb von 15 Tagen bekannt gemacht und unverzüglich bekannt gemacht und veröffentlicht.

- Organgesetz: Die Annahme, Änderung oder Aufhebung der Ökogesetze erfordert eine absolute Mehrheit des Kongresses, in einer abschließenden Abstimmung über das gesamte Projekt.

Verordnung: Die Verordnungen werden wie folgt ausgearbeitet:

- Die Einleitung erfolgt durch die zuständige Verwaltungseinrichtung durch Erstellung des entsprechenden Entwurfs zusammen mit einem Bericht über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Projekts sowie einen Wirtschaftsbericht mit den geschätzten Kosten des Projekts.
- Zusätzlich zu den obligatorischen Berichten, Stellungnahmen und Vermerken werden alle Studien und Konsultationen, die als geeignet angesehen werden, um die Richtigkeit und Rechtmäßigkeit des Textes zu gewährleisten, während des gesamten Produktionsprozesses erfasst. In jedem Fall muss den Verordnungen ein Bericht über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der darin festgelegten Maßnahmen beigefügt werden.
- Wenn die Bestimmung die Rechte der Bürger und die berechtigten Interessen berührt, werden sie für einen angemessenen Zeitraum und nicht weniger als 15 Arbeitstage angehört. Gleichmaßen und immer dann, wenn die Art der Bestimmung dies rechtfertigt, muss der Text der Öffentlichkeit während des genannten Zeitraums zur Information vorgelegt werden.
- In allen Fällen müssen die Entwürfe von Verordnungen ungeachtet der Stellungnahme des Staatsrats in den Fällen, in denen dies gesetzlich vorgeschrieben ist, vom technischen Generalsekretär mitgeteilt werden.
- Ein vorheriger Bericht des Staates wird erforderlich sein, wenn die Regulierungsvorschrift die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem Staat und den Autonomen Gemeinschaften beeinflussen könnte.

- Das Inkrafttreten der von der Regierung erlassenen Verordnungen erfordert eine vollständige Veröffentlichung im Amtsblatt.

Datenbanken

Das Amtsblatt enthält eine Datenbank mit allen seit 1960 veröffentlichten Rechtsvorschriften: [Iberlex](#).

Der Zugang zu Datenbanken ist kostenlos?

Der Zugang zu dieser Datenbank ist kostenfrei.

Kurze Inhaltsbeschreibung

Die seit 1960 veröffentlichten Veröffentlichungen können auf der Website des Amtsblatts veröffentlicht werden.

Er verfügt seit 1980 über eine Suchmaschine für Gesetzgebung und Werbung sowie für die Datenbanken der Verfassungsrechtssache seit, der Staatliche Juristische Dienst (Berichte und Stellungnahmen seit 1997) und der Staatsrat. Sie enthält auch die Option „**konsolidierte Fassung**“, die wesentliche Änderungen der Vorschriften enthält. Schließlich bietet sie Rechtswarnungen, veröffentlichte Bekanntmachungen und Anfragen zu Informationen und Unterlagen an.

Links

[Iberlex/Datenbank zu den spanischen Rechtsvorschriften](#)

Dies ist eine maschinelle Übersetzung des Inhalts. Der Urheber dieser Seite übernimmt keinerlei Verantwortung oder Haftung für die Qualität dieses maschinell übersetzten Texts.

Letzte Aktualisierung: 23/10/2019